

Eupen, den 10. November 2017

Übersetzung des offenen Briefes von Zakia Khattabi und Patrick Dupriez (Co-Präsidenten ECOLO) vom 09.11.2017

Offener Brief an Charles Michel - Steuerhinterziehung: „Unter Blinden ist der Einäugige König“

Nach wissenschaftlichen Schätzungen kostet die Steuerhinterziehung jeden Steuerzahler durchschnittlich 2 000 Euro pro Jahr und das, ohne die Steuerflucht mit einzubeziehen. Diese Tatsache ist umso unannehbarer, als dass auch der belgische Staat auch an dem Phänomen der Steuerhinterziehung beteiligt ist, wie in dieser Woche die #ParadisePapers aufdeckten!

Teilen Sie unser Unverständnis darüber, dass die Regierung sich weigert, effizient im Kampf gegen die Steuerhinterziehung zu handeln? Dann unterstützen Sie uns, indem Sie diesen offenen Brief an den Premierminister breit verteilen.

Sehr geehrter Herr Premierminister,

die Studien der Freien Universität Brüssel (ULB, Studienzentrum DULBEA), oder des Wirtschaftswissenschaftlers Gabriel Zucman bewerten die Kosten des Steuerbetrugs mit durchschnittlich 2 000 Euro pro Jahr pro Steuerzahler, also ein Betrag in Höhe von 20 Milliarden Euro.

Die Zahl ist astronomisch, das Ergebnis ist inakzeptabel. Es steht zweifellos mit der Schwäche der Mittel in Verbindung, die für die Bekämpfung dieser Plage aufgewendet werden. Die Bekämpfung der Finanzkriminalität ist eindeutig keine Priorität der Föderalregierung. Und das ist gravierend!

Aber nicht nur der Betrug, sondern auch die Aufeinanderfolge von "leaks", also undichten Stellen, und Expertengutachten zeigen, wie sehr unsere Gesetzgebung und die Politik in Belgien Steuerhinterziehung zulassen. Es werden Techniken genutzt, um Steuern zu umgehen, um sich ständig an den Grenzen der Legalität zu bewegen, wobei die moralischen Grenzen weit überschritten werden.

Diese Situation begünstigt fast ausschließlich die reichsten Bürger unseres Landes. Unser Steuersystem ist weder fair noch effizient

noch auf den Übergang hin zu einem wirtschaftlich effizienteren, sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Modell ausgerichtet.

Seit vielen Jahren haben die Grünen diese zutiefst unfaire und zwiespältige Situation gegenüber all jenen, die als Selbstständige oder Leiter von kleinen und mittleren Unternehmen beschäftigt sind und ihre Steuern korrekt und rechtzeitig bezahlen, angeprangert.

Diese Ungerechtigkeit empört uns umso mehr angesichts der Sparmaßnahmen, durch die Ihre Regierung jedem Einzelnen von uns enorme Anstrengungen abverlangt, die einen großen Teil unserer Bevölkerung bestrafen und dramatisch schwächen.

Entrüstend ist auch, inwieweit dieser Einkommensverlust für den Staat die Allgemeinheit wesentlicher Möglichkeiten beraubt, um in die notwendigen Maßnahmen zu investieren, die unseren Kindern ein würdiges Leben in einer geschützten Umgebung ermöglicht.

Unsere Entrüstung wurde unendlich größer, als wir heute erfuhren, dass der belgische Staat, welcher eigentlich der Garant für die korrekte Steuererhebung sein sollte, ebenfalls an der Steuerhinterziehung durch die SBI (Belgische Investierungsgesellschaft) beteiligt ist.

Wie die Zeitung „Le Soir“ aufdeckte, investiert diese Gesellschaft, die sich zu 64% im Besitz der Föderalregierung befindet, in ein Unternehmen auf den Jungferninseln... ohne dass dies jemals in ihrem Jahresbericht festgehalten wurde.

Wie will Ihre Regierung bei der Bekämpfung von Steuerbetrug glaubwürdig erscheinen, wenn der belgische Staat selbst in Steuerparadiese investiert? Er sollte mit gutem Beispiel voran gehen, indem er in seinen Investitionen ohne Tadel ist. Diese neue Akte verdeutlicht, dass wir weit von diesem Ziel entfernt sind und dass es ein großes Missverhältnis zwischen dem Handeln und den Reden gibt, die vorgeben entschlossen zu sein.

Und dennoch, Herr Premierminister, die Grünen, unterstützt von vielen Bürgern, weigern sich aufzugeben und schlagen Ihnen eine Reihe von Maßnahmen vor, um den Kampf gegen den großen Steuerbetrug zu verstärken. Wir bitten Sie, den Zugang zu Bank- und Finanzdaten zu verbessern und die Mittel des FÖD Finanzen, der Finanzpolizei und der Justiz, die während dieser Legislaturperiode drastisch reduziert wurden, zu erhöhen. Zusätzlich soll die Liste der Steuerparadiese aktualisiert, ein Kataster der Finanzerträge erstellt und dass für multinationale Unternehmen die Buchführungen Land für Land veröffentlicht werden.

Wir bitten Sie, unsere Forderung nach einer wahrhaftigen Steuergerechtigkeit zu hören. Durch eine effizientere

Steuerbeitreibung gestattet Sie unserem Land, sein Unterrichtswesen, seine Kultur, eine echte Mobilitätspolitik und die notwendige Energiewende, auszubauen.

Wir sind überzeugt davon, dass Sie ein offenes Ohr für die Fragen der Steuergerechtigkeit insgesamt und der Frage der Gerechtigkeit zwischen Steuerzahlern haben. Wir danken Ihnen im Voraus für die konkreten Maßnahmen die Sie in dieser Frage treffen werden und für die Dringlichkeit die Sie ihnen geben werden.

Zakia Khattabi und Patrick Dupriez
Co-Präsidenten ECOLO